

Kommission für Wirtschaft und Abgaben
3003 Bern

bkb@bbl.admin.ch

Bern 15. März 2013

Vernehmlassung zur parlamentarischen Initiative „Öffentliches Beschaffungswesen.
Ausbildung von Lehrlingen als Kriterium“

Stellungnahme der Grünen Partei der Schweiz

Sehr geehrter Herr Darbellay
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen dafür, dass wir zur parlamentarischen Initiative „Öffentliches
Beschaffungswesen. Ausbildung von Lehrlingen als Kriterium“ Stellung nehmen dürfen.

Grundsätzliche Bemerkungen

Die Grünen sind überzeugt, dass die Verbindung von praktischer und theoretischer Ausbildung eine sehr wichtige Qualität des Schweizer Bildungs- und Wirtschaftsstandortes ist. Das duale Bildungsmodell soll daher so breit wie möglich gestützt und international gefördert werden. Die Grüne Partei Schweiz befürwortet aus diesem Grund die parlamentarische Initiative „Öffentliches Beschaffungswesen. Ausbildung von Lehrlingen als Kriterium“.

Die Revision des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen (BöB) soll in diesem Sinne erfolgen: Bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen soll berücksichtigt werden, ob die Unternehmen Lehrlinge ausbilden. Unternehmen, welche das duale Bildungsmodell unterstützen, sollen bei öffentlichen Aufträgen bevorzugt behandelt werden.

Zuschlagskriterien von Art. 21 Abs. 1 des BöB

Die Grünen unterstützen den Vorentwurf, der weiter geht als die geltende Regelung auf Verordnungsebene. Die geltende Regelung sieht vor, dass nur bei gleichwertigen Angeboten schweizerischer Anbieter oder Anbieterinnen berücksichtigt wird, ob diese Unternehmen Ausbildungsplätze anbieten. Mit dem Vorentwurf wird dagegen die Möglichkeit eingeräumt, die Ausbildung von Lehrlingen generell als Zuschlagskriterium zu verwenden. Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge soll sie somit nicht erst in einem zweiten Schritt, sondern auf der gleichen Stufe wie alle anderen Zuschlagskriterien berücksichtigt werden und sowohl für inländische als auch ausländische Anbietende gelten.

Vereinbarkeit WTO-Normen

Das Problem der Unvereinbarkeit der vorgeschlagenen Massnahme mit internationalen Verpflichtungen der Schweiz, also die Gefahr der Diskriminierung von Anbieterinnen und Anbietern aus jenen Ländern, die kein duales Bildungssystem aufweisen, wird von den Grünen als gering eingeschätzt. Der überwiegende Anteil der öffentlichen Aufträge betrifft Schweizer Unternehmen.

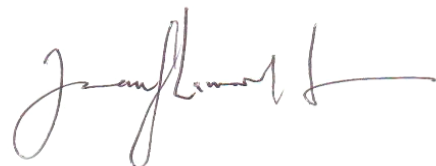
Wir danken Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Mit freundlichen Grüssen



Regula Rytz

Co-Präsidentin der Grünen Schweiz



Iwan Schauwecker

Politischer Sekretär